

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

32. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. November 2002, 13:15 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

stellv. Vorsitzende (TOP 1)

Hermann Benker (SPD)

i. V. von Rolf Fischer

Birgit Herdejürgen (SPD)

i. V. von Dr. Ulf von Hielmcrone

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

stellv. Vorsitzender (ab TOP 2)

Caroline Schwarz (CDU)

Joachim Wagner (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mitteilungen	5
2. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsausschusses	6
3. Neue Wege in der Drogenpolitik - Projekt: „Schleswig-Holsteins Schulen sind rauchfreie Zonen“	7
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1398	
4. Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für das Jahr 2001	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2172	
5. Stand und Nutzung und Entwicklung des Landeskulturzentrums Salzau	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2100	
6. Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2001/2002	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1951	

7. Einführung verbindlicher Stundentafeln 14

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2069

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2183

8. Leistungssteigerung und Leistungsvergleiche an den Schulen 15

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2138

9. Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben 17

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2137

10. Verschiedenes 18

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 13:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Eisenberg, teilt mit, der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, sei erkrankt.

Der Ausschuss wünscht ihm gute Genesung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsausschusses

Der Ausschuss wählt einstimmig Abg. de Jager zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Neue Wege in der Drogenpolitik – Projekt „Schleswig-Holsteins Schulen sind rauchfreie Zonen“

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1398

hierzu: Umdrucke 15/2176, 15/2509–15/2512, 15/2514, 15/2537, 15/2541,
25/2545, 25/2651

(überwiesen am 23. Januar 2002)

Abg. Eisenberg stellt den Antrag der CDU auf Drucksache 15/1398 vor. Ein Verbot des Rauchens an Schulen sei nötig, da in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der rauchenden Kinder und Jugendlichen zugenommen habe.

Abg. Weber verweist auf den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 15/2651 - den Abg. Dr. Klug unterstützt -, und bittet um Abstimmung in der Sache.

M. Erdsiek-Rave spricht insbesondere die Stellungnahme der Koordinationsstelle Schulische Suchtvorbeugung, KOSS, Umdruck 15/2509, an.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1398, ab.

Der Ausschuss nimmt den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 15/2651, bei Enthaltung der CDU-Fraktion an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für das Jahr 2001

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2172

(überwiesen am 11. Oktober 2002 zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave ergänzt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2172, die Entwicklung im Jahre 2002 sei positiv verlaufen. Durch den Verkauf von Schloss Plön seien die Mittel für die Sanierung aufgestockt worden.

Auf Fragen der Abg. Schwarz und Birk antwortet M Erdsiek-Rave, die Besucherzahlen seien gestiegen. Die Fragen zur Grundstücksübertragung seien abschließend geklärt. Die Maßnahmen zur Sanierung der Abwasseranlagen seien ergriffen. Der Eigenanteil sei nach Errichtung der Stiftung von 11 % auf 19 % gestiegen. Eine leichte Erhöhung der Eintrittsgelder sei vertretbar. Auch sei für den Gottorfer Landmarkt Eintritt verlangt worden, was dessen Attraktivität nicht geschmälert habe. Die volkskundlichen Sammlungen Hesterberg wollten in erster Linie ihren umfangreichen Fundus präsentieren.

RL Dr. Opitz nennt die Besucherzahlen nach dem Quartalsbericht des Stiftungsrates: Bis 30. September 2002 habe es in allen Museen 50 000 Besucher mehr als im Vorjahr gegeben. Mit dem Abschluss des Ausbaus der Volkskundlichen Sammlungen Hesterberg - Seite 5 des Berichts - sei ein halbes Jahr später zu rechnen. Die Dauerausstellung stehe unmittelbar vor dem Abschluss.

Abg. Schwarz macht darauf aufmerksam, dass sich „Hesterberg“ - gesprochen Hesterberg - vom dänischen „Pferd“ ableite. Das sei früher eine Pferdeumspannstation gewesen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2172, zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Stand und Nutzung und Entwicklung des Landeskulturzentrums Salzau

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2100

(überwiesen am 11. Oktober 2002 an den **Bildungsausschuss** und den Finanz-
ausschuss)

Abg. Schwarz würdigt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2100, der auf eine Initiative der CDU zurückgehe, als eine wichtige und ergiebige Unterlage für die Haushaltsberatungen.

M Erdsiek-Rave merkt an, Salzau als Standort des Schleswig-Holstein Musik Festivals, SHMF, sei für die kulturpolitisch interessierte Öffentlichkeit zum Synonym für Schleswig-Holstein geworden. Auf die Fragen der Abg. Dr. Klug und Weber antwortet M Erdsiek-Rave, Ziel der Landesregierung sei die Erhaltung des Schlosses, wozu Partner nötig seien. Mögliche Partner arbeiteten in der entsprechenden Projektgruppe mit, insbesondere das SHMF. Kosten könnten erst geschätzt werden, wenn ein kulturelles und touristisches Konzept vorliege.

Gelder für Salzau seien für die Sanierung von Schloss Gottorf umgewidmet worden, weil es dort vordringlichen Sanierungsbedarf gegeben habe, der nicht vorhersehbar gewesen sei. Über den aktuellen Stand der Auslastung könnte noch keine Aussage gemacht werden. Zu erwarten sei eine Verbesserung.

RL Dr. von Randow ergänzt, Teil des neuen Marketingkonzepts sei die Öffnung gegenüber der Gemeinde und den Bürgerinnen und Bürgern. Bei den regionalen Gebietskörperschaften müsse dafür noch geworben werden.

M Erdsiek-Rave entgegen der Abg. Eisenberg, an Salzau sollte ihrer Meinung nach festgehalten werden, da das Musikfestival zu einem Standortfaktor geworden sei. Wenn diese Grundentscheidung gefallen sei, müsse darum herum das Marketing für den Rest des Jahres geplant werden.

Abg. Schwarz lobt das Konzept der Öffnung. Es dauere jedoch, bis eine Gemeinde so etwas als Bereicherung empfinde und nicht etwa als Konkurrenz zum Bürgerhaus.

M Erdsiek-Rave entgegnet Abg. Birk und Abg. Dr. Klug, es habe keine Übertragung von Salzau an die Investitionsbank gegeben, wiewohl das im Juni 2002 Stand der Planung gewesen sei.

Salzau sei keine Tagungsstätte und stehe daher nicht in Konkurrenz zu solchen, wie Abg. Weber angemerkt habe, sondern stelle ein Mittelding zwischen Jugendherberge und Hotel dar. Die Anregung der Abg. Birk, die Schlösser in Schleswig-Holstein mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten touristisch besser zu erschließen, nehme sie gerne auf.

Abg. Dr. Höppner informiert, auch private Guts- und Herrenhäuser in Schleswig-Holstein öffneten sich für den Tourismus, um langfristig ihre Substanz erhalten zu können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2100, zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 2001/2002

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1951

(überwiesen am 11. Oktober 2002 zur abschließenden Beratung)

Eine Vertreterin des Kultusministeriums präzisiert auf Anfrage der Abg. Eisenberg, die Zahlen auf Seite 19 des Berichts bezögen sich auf öffentliche Schulen in Schleswig-Holstein. Auf Seite 27 stünden KMK-Zahlen, welche öffentliche und private Schulen einschlossen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Birk antwortet die Vertreterin, der Auftrag habe sich auf öffentliche Schulen bezogen. Private Schulen würden vom Ministerium jedoch auch erfasst.

M Erdsiek-Rave entgegnet der Abg. Eisenberg, Schleswig-Holstein stehe einschließlich der privaten Schulen nicht generell besser da.

Sie bitte darum, die Themen Lehrerzuweisung und Stundenfehl, angesprochen von den Abg. Eisenberg und Dr. Höppner, im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln.

Über die Nachschiebeliste, nachgefragt von der Abg. Eisenberg, könne sie, die Ministerin, keine Aussage machen, da sie im Kabinett noch nicht verabschiedet sei.

Derzeit sei eine Broschüre über den Lehrerbedarf im Druck, die insbesondere zukünftige Lehramtstudierende informieren solle. Es gebe Steuerungsmaßnahmen - in Bezug auf die Prüfungsordnung für Lehrkräfte, was Fächerkombinationen betreffe, oder Mathematik bis zum Abitur -, die in der Zusammenschau Wirkung entfalteteten. Fakt sei aber, dass überwiegend Frauen für das Lehramt studierten und sehr wenige Physik wählten.

Die Schülerzahlen in den Grundschulen würden in den kommenden Jahren sinken. Es sei geplant, hier frei werdende Gelder für die verlässliche Grundschule in einem regionalen Schwerpunkt zu verwenden, nämlich im Hamburger Randgebiet.

Das Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, IPN, sei Träger des SINUS-Projekts und habe die Federführung bei der PISA-II-Untersuchung im kommenden Jahr. Professor Dr. Prenzel sei Vorsitzender des Konsortiums.

Zur Unterrichts- und Lernforschung - eine Frage des Abg. Dr. Klug - gebe es die Verständigung zwischen Bund und Ländern, dass die Defizite überwunden werden müssten. Welche Maßnahmen anstünden und welche Gelder bewilligt seien, darüber solle noch berichtet werden. Ebenfalls erwarte das Ministerium einen Bericht der Hochschulen, was sie nach PISA für erforderlich hielten oder welche Schwerpunkte sie setzten.

Auf Vorschlag des stellv. Vorsitzenden, Abg. de Jager, wird der weiterführende Bericht auf die Tagesordnung der Januarsitzung gesetzt.

M Erdsiek-Rave führt auf Fragen der Abg. Birk hin aus, in Realschulabschlussklassen sei der Wunsch, weiter zur Schule zu gehen, und die Information über Mittel und Wege sehr viel größer als zu Beginn der Realschule oder in der Hauptschule. Das erkläre eventuell die Beliebtheit der Fachgymnasien. Es gebe Nachholbedarf, was die Information der Eltern von Viertklässlern über das Bildungssystem angehe. Die Beratungspflicht solle hier abhelfen.

Derzeit besuche niemand eine Berufsoberschule in Teilzeit, daher die Nullen in Tabelle 2.1.

Abg. Benker fragt nach dem Sinn der Erfassung von Teilzeit, wenn nichts über die Stundenzahl gesagt werde.

Abg. Wagner ergänzt, da man nicht wisse, wie groß die einzelne Schule sei und von der Lehrerzahl nicht auf die Stunden geschlossen werden könne, solle die Schülerzahl mit erfasst werden, auch wenn der Zahlenteil vom Statistischen Landesamt und nicht vom Ministerium erstellt worden sei.

Auf Vorschlag des stellv. Vorsitzenden, Abg. de Jager, soll zunächst in den Fraktionen erörtert werden, welche Statistiken auf längere Sicht erforderlich seien und welche entfallen könnten, wie M Erdsiek-Rave angeregt hat.

M Erdsiek-Rave entgegnet auf die Frage der Abg. Eisenberg nach einem inhaltlichen Konzept zur Anwendung von PCs an Schulen - das der Landesrechnungshof 2002 in Bezug auf das Jahr 2000 angemahnt habe -, einzelne Fachschaften an Schulen hätten Konzepte entwickelt. Darüber hinaus gebe es das Modellvorhaben SEMIK, das den Einsatz neuer Medien im schulischen Unterricht behandle; es solle im folgenden Jahr abgeschlossen sein.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1951, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Einführung verbindlicher Stundentafeln

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2069

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2183

(überwiesen am 10. Oktober 2002)

Abg. Dr. Klug erklärt sich auf Vorschlag von Abg. Eisenberg einverstanden, die Punkte 2 und 3 des CDU-Antrags, Drucksache 15/2183, in den FDP-Antrag, Drucksache 15/2069, einzufügen.

Abg. Weber vertritt die Auffassung, die Einführung verbindlicher Stundentafeln sei nicht der geeignete Weg, um die Unterrichtsqualität zu steigern. Flexibilität müsse weiterhin möglich sein. Verlässliche Grundschulzeiten und mehr Lehrerstunden seien der richtige Weg.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP, Drucksache 15/2069, ergänzt um die Punkte 2 und 3 des CDU-Antrags, Drucksache 15/2183, mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Leistungssteigerung und Leistungsvergleiche an den Schulen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2138

(überwiesen am 10. Oktober 2002)

Abg. Eisenberg stellt den Antrag der CDU, Drucksache 15/2138, vor.

Abg. Weber widerspricht dem Antrag in allen drei Punkten. Schleswig-Holstein habe in den letzten Jahren für verschiedene Schulstufen neue Lehrpläne zur Qualitätsverbesserung des Unterrichts entwickelt. In einzelnen Jahrgangsstufen würden landesweit Leistungsvergleiche organisiert; eine Formalisierung, wie im Antrag gefordert, führe jedoch nicht zu einer Verbesserung.

Schulporträts zu veröffentlichen sei gut. Ein Ranking ohne Darstellung des sozialen Umfelds und der Lernsituation von Schulen sei der falsche Weg.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. de Jager, verteidigt die Zweigleisigkeit von Ranking nach Prüfungsergebnissen und Schulporträts. Für Eltern gebe es bereits heute eine Reihung. Daher sei es besser, das auf einer vergleichbaren Datenbasis zu tun.

M Erdsiek-Rave verweist darauf, dass die Kultusministerkonferenz, KMK, bundesweit an Standards für unterschiedliche Schulstufen arbeite. Ein Institut solle die Einhaltung dieser Standards überprüfen. Sie, die Ministerin, begreife Vergleichsarbeiten und Tests als Diagnoseinstrument, um den Unterricht zu verbessern, wohingegen die CDU das als Druckmittel zu betrachten scheine. England sei ein Beispiel, wohin Ranking führe. In Finnland sei man davon abgekommen, da die einzelne Schule an den Pranger gestellt würde, Schwächen aber nicht behoben würden: „name, shame, blame“. Eine Schule in einem schwierigen sozialen Umfeld mit engagierten Lehrern könne ein schlechtes Ergebnis im Ranking haben, aber viel bessere pädagogische Arbeit leisten als eine Schule in einem anderen Umfeld, in dem zum Beispiel die Eltern ihre Kinder durch Nachhilfe förderten.

Besser sei es, bei landesweiten Vergleichsarbeiten die Bandbreite darzustellen. Die einzelne Schule solle wissen, wo sie stehe, und die Möglichkeit haben, dieses Ergebnis zu veröffentlichen und in einen Kontext zu stellen.

Die Haltung zu zentralen Prüfungen verlaufe nicht nach A- und B-Ländern geordnet. Auch der Philologenverband lehne ein Zentralabitur ab. Es gebe gute Erfahrungen mit zentralen Vorgaben, rigider Kontrolle und Eigenständigkeit der Schule in Sachen Schwerpunktsetzung und Themenauswahl und daher keinen Grund, davon abzuweichen. Für Realschul- und Hauptschulabschluss würden derzeit auf KMK-Ebene einheitliche Prüfungsanforderungen erarbeitet.

Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag habe nicht etwa ein Ranking veröffentlicht, sondern gute Beispiele genannt, um zu zeigen, wozu eine Schule imstande sei. Das sei kein Ranking durch TED-Umfrage unter ihrer Schirmherrschaft, wie es der stellv. Vorsitzende und die Abg. Eisenberg bezeichnet hätten.

Abg. Dr. Klug vertritt die Ansicht, vorgegebene Standards machten eine Quantifizierung überflüssig, wie sie im CDU-Antrag gefordert würde. Eine Schule müsse die Möglichkeit haben, ihre Daten im landesweiten Vergleich zu veröffentlichen, um damit zu werben.

M Erdsiek-Rave informiert, dass genau das die PISA-Schulen vorhätten.

Abg. Wagner schlägt vor, über den Antrag der CDU auf Drucksache 15/2138 nicht abzustimmen, sondern in der kommenden Sitzung weiter zu diskutieren. Denn zum Beispiel solle nicht unter Zeitdruck das Zentralabitur abgelehnt werden.

M Erdsiek-Rave merkt an, unter den sieben besten Ländern bei PISA seien vier ohne Zentralabitur.

Der Ausschuss stimmt auf Vorschlag des stellv. Vorsitzenden, Abg. de Jager, über den Antrag der CDU auf Drucksache 15/2138 ab. Er wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2137

(überwiesen am 11. Oktober 2002)

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 9 aus Zeitgründen nicht zu behandeln.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 10 aus Zeitgründen nicht zu behandeln.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. de Jager, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. de Jager

Stellv. Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer